

Bekanntmachung

über den Verkehr mit Zucker zur Weinverbesserung.
Bom 9. September 1916.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September/4. November 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 607, 728) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Mit der Verteilung und dem Vertrieb der von der Reichszuckerstelle für das Großherzogtum Hessen zur Weinverbesserung zugewiesenen Zuckermengen wird die Einkaufsgesellschaft für das Großherzogtum Hessen m. b. H. in Mainz (G.H.) beauftragt.

§ 2. Der Verteilung wird der bei einer Rebenausschläge von 12 000 Hektar in den letzten 10 Jahren erzielte durchschnittliche Ertrag zugrunde gelegt.

Nach dem Verhältnis dieses Ertrages zu der zugewiesenen Zuckermenge wird von dem unterzeichneten Ministerium die Menge bestimmt, die als Grundmenge zur Verbesserung der Rotweine und der Weißweine und zur Herstellung des Hausstrunks für 1200 Liter (1 Stück) verteilt werden darf.

§ 3. Wer Most einlegt, sei es von eigenen oder gekauften Erzeugnissen, und zur Verbesserung Zucker benötigt, hat dies, sobald er die Menge, die er bestimmt einlegen wird, einigermaßen abschätzt, spätestens aber bis zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt, auf besonderen Anmeldebogen der G.H. anzumelden.

Dabei ist anzugeben:

1. ob die Trauben im Großherzogtum Hessen gewachsen sind,
2. wo der Most eingelegt wird (Ort und Kreis),
3. wie groß die Menge Most ist (in Stück zu 1200 Liter), die eingelegt werden soll,
4. wie viel Tresterwein als Hausstrunk hergestellt werden soll (für das Hektar 500 Liter Tresterwein gerechnet),
5. für wie viel Stück, getrennt nach Nr. 3 und 4, voraussichtlich Zucker benötigt wird; dabei ist auch der Bedarf der Winger mit anzugeben, die aus den zurückgelieferten Trestern sich selbst Hausstrunk bereiten.

§ 4. Die G.H. legt die Anmeldungen einem Ausschuss zur Nachprüfung vor, der aus je einem Vertreter des Hessischen Weinbauverbands, des Verbandes Rheinbessischer Weinbäuer, der Landwirtschaftskammer und der Wein- und Obstbauvereine in Oppenheim besteht.

Gemäß dem Ergebnis dieser Prüfung gibt sie an die Anmelder Weinzucker-Bezugscheine aus, und zwar für das Stück Weißwein und Tresterwein (Hausstrunk) nicht mehr als zwei Drittel, für das Stück Rotwein nicht mehr als drei Viertel der Grundmenge (§ 2 Abs. 2).

§ 5. Wer zur Zuckeringabe seiner Weine mehr als diese Grundmenge benötigt, hat bei der G.H. unter Vorlegung eines Untersuchungsgewissens der Wein- und Obstbauvereine in Oppenheim oder eines vereidigten Handelschemikers einen dahingehenden Antrag zu stellen. Der Antrag ist dem Ausschuss (§ 4) zur Nachprüfung vorzulegen. Dieser Ausschuss entscheidet endgültig.

§ 6. Wird der durch Bezugscheine zugewiesene Zucker nicht völlig benötigt, so ist unterwärtlich der G.H. davon Kenntnis zu geben, die noch nicht eingelösten Bezugscheine oder Abschnitte sind ihr gleichzeitig zurückzusenden und etwa bereits bezogene Zuckermengen sind zu ihrer Verfügung zu halten.

§ 7. Wer Wein aus gekauften Trauben einlegt und dem Winger Trester zur Herstellung von Hausstrunk zurückliefert, hat den hierfür benötigten Zucker bei der Angabe seines eigenen Bedarfs mit anzumelden (§ 3 Abs. 2 Nr. 5).

Er ist verpflichtet, den ihm hierauf zugeteilten Zucker entsprechend der für die Herstellung von Hausstrunk festgesetzten Grundmenge an den Empfänger der Trester unter Berechnung der Selbstkosten weiterzugeben.

§ 8. Die Weinzucker-Bezugscheine bestehen aus einem Mitteilstück, sechs Abschnitten zu je 25 Kilogramm und einem Bezugsausweis. Der Bezugsausweis dient zur Anmeldung des Bezuges bei einer der Zuckergroßhandelsfirmen (§ 9), der er alsbald nach Aufstellung des Bezugsausweises zur Anmeldung einzusenden ist.

Gegen Vorlage der Bezugsausweise in Mengen von mindestens 5000 Kilogramm weist die G.H. diesen Firmen Zucker an, der von diesen alsbald zu beziehen und zur Verfügung des Bezugsberechtigten zu halten ist.

§ 9. Als Großhandelsfirmen im Sinne dieser Bekanntmachung kommen diejenigen in Betracht, die gemäß § 11 unserer Bekanntmachung vom 18. Mai 1916 über den Verkehr mit Verbrauchs- und zur Vorlage von Landesbezugscheinen bei der G.H. berechtigt sind.

§ 10. Wer den Bestimmungen dieser Bekanntmachung oder den demgemäß erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt und wer ihn für die Weinverbesserung zugewiesenen Zucker für andere Zwecke verwendet, wird gemäß § 17 Nr. 2 der Verordnung des Bundesrats vom 25. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 607)

mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Darmstadt, den 9. September 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern
J.B.: Schliephake.

Bekanntmachung

(Nr. 350/7. 16. B 5),

betreffend Regelung des Handels mit Werkzeugmaschinen durch Beschlagnahme, Meldepflicht und Preisüberwachung.

Bom 15. September 1916.

Die nachstehende Bekanntmachung wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht mit dem Bemerken, daß jede Uebertretung, worunter auch verspätete oder unvollständige Meldung fällt, sowie jedes Anreizen zur Uebertretung der erlassenen Vorschriften, soweit nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verwirklicht sind, nach § 9 Ziffer b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 und § 1 des Gesetzes, betreffend Abänderung des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 11. Dezember 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 813) ¹⁾ oder Artikel 4 Ziffer 2 ²⁾ des Bayerischen Gesetzes über den Kriegszustand vom 5. November 1912 in Verbindung mit der Allerhöchsten Verordnung vom 31. Juli 1914 und dem Bayerischen Gesetz vom 4. Dezember 1915, betreffend Abänderung des Gesetzes über den Kriegszustand, bestraft wird.

Auf die Verordnung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf vom 24. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 357) in Verbindung mit den Ergänzungsbekanntmachungen vom 9. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 645) und 25. November 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 778) ³⁾, auf die Verordnung gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 467) in Verbindung mit der Ergänzungsbekanntmachung vom 23. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 184) ⁴⁾, sowie auf die Verordnung zur Verhütung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 603), wird besonders hingewiesen.

¹⁾ Wer in einem in Belagerungszustand erklärten Orte oder Distrikte ein bei Erklärung des Belagerungszustandes oder während desselben vom Militärbehörden im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenes Verbot übertritt oder zu solcher Uebertretung auffordert oder anreizt, soll, wenn die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden.

Nach § 1 des Gesetzes vom 11. Dezember 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 813) kann beim Vorliegen mildernder Umstände auf Haft oder auf Geldstrafe bis zu fünfhundert Mark erkannt werden.

²⁾ Wer in einem in Kriegszustand erklärten Orte oder Bezirke ein bei der Verhängung des Kriegszustandes oder während desselben von dem zuständigen obersten Militärbehörden zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit erlassene Verbot übertritt oder zu Uebertretung auffordert oder anreizt, wird, wenn nicht die Gesetze eine schwerere Strafe androhen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

³⁾ Mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark wird, sofern nicht nach allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verwirklicht sind, bestraft:

1. wer unbefugt einen beschlagnahmten Gegenstand beiseite schafft, beschädigt oder zerstört, verwandelt, verkauft oder kauft oder ein anderes Veräußerungs- oder Erwerbsgeschäft über ihn abschließt;
2. wer der Verpflichtung, die beschlagnahmten Gegenstände zu verwahren und pfleglich zu behandeln, zuwiderhandelt;
3. wer den nach § 5 erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt.

⁴⁾ Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

1. wer für Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere für Nahrungs- und Futtermittel aller Art, für rohe Naturerzeugnisse, Heiz- und Leuchtstoffe, sowie für Gegenstände des Kriegsbedarfs Preise fordert, die unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse, insbesondere der Marktlage, einen übermäßigen Gewinn enthalten, oder wer solche Preise sich oder einem anderen gewähren oder versprechen läßt;
2. wer Gegenstände der unter Nr. 1 bezeichneten Art, die von ihm zur Veräußerung erzeugt oder erworben sind, zurückhält, um durch ihre Veräußerung einen übermäßigen Gewinn zu erzielen;

§ 1.

Inkrafttreten der Anordnungen der Bekanntmachung.

Die Anordnungen dieser Bekanntmachung treten mit dem 15. September 1916 in Kraft. Mit ihrem Inkrafttreten werden die bisher ergangenen Einzelverfügungen über Beschränkungen des Handels mit Werkzeugmaschinen ungültig.

§ 2.

Aufsichtsstelle.

Zur Durchführung und Ueberwachung der Anordnungen dieser Bekanntmachung ist der Königlich Preussischen Feldzeugmeisterei die Aufsichtsstelle für den Handel mit Werkzeugmaschinen, Berlin W. 15, Liebenburger Straße 18—20, angegliedert worden. An die Aufsichtsstelle sind alle Anfragen zu richten, welche die Auslegung und Ausführung der Anordnungen dieser Bekanntmachung betreffen.

§ 3.

Von der Bekanntmachung betroffene Gegenstände.

Von der Bekanntmachung betroffen sind die nachfolgenden Gegenstände aller Art: Drehbänke und Wstschbänke für Kraftbetrieb, Revolverbänke, Automaten, Fräsmaschinen, Hobel- und Shapingmaschinen, Bohrwerke und Bohrmaschinen zum Bohren von Löchern über 30 mm, Raltsägen, Pressen, Stenzen und Schleifmaschinen.

§ 4.

Beschlagnahme.

Die im § 3 gekennzeichneten Gegenstände sind beschlagnahmt mit folgender Wirkung:

Eine Uebertragung des Eigentums (z. B. auf Grund von Kauf, Wertvertrag, Tausch, Sicherungsübereignung usw.) oder eine Uebertragung des Gewahrsams auf den Nichteigentümer (z. B. Vermietung, Verpfändung, Verkaufskommission usw.), ausgenommen eine Uebertragung des Gewahrsams lediglich zur Beförderung oder Ausbesserung des beschlagnahmten Gegenstandes, ferner jedwede Verpflichtung zu solchen Uebertragungen begründende Vereinbarung ist verboten, nichtig und strafbar, sofern nicht die Uebertragung

- a) vom Erzeuger unmittelbar auf den Händler oder Selbstverwender oder
- b) vom Händler oder sonstigen Nichterzeuger unmittelbar auf den Selbstverwender oder
- c) auf Grund eines allgemeinen oder besonderen Erlaubnisscheines

erfolgt oder zu erfolgen hat. Die Anträge auf Erteilung eines Erlaubnisscheines sind an die Aufsichtsstelle (§ 2) zu richten.

Eine Veräußerung von Rechten und eine Uebertragung von Pflichten aus Vereinbarungen der im Abs. 2 gekennzeichneten Art ist ohne besonderen Erlaubnisschein verboten und nichtig.

Erzeuger im Sinne dieser Bekanntmachung ist nur der Selbsthersteller der im § 3 bezeichneten Gegenstände und nur mit Bezug auf seine eigenen Erzeugnisse.

Händler im Sinne dieser Bekanntmachung ist nur derjenige, der den Handel mit den im § 3 bezeichneten Gegenständen gewerbmäßig betreibt. Es kann einem Großhändler die Rechtsstellung eines Erzeugers mit Bezug auf den Vertrieb von Erzeugnissen bestimmter Verhältnisse gewährt werden. Gesuche um Gewährung sind an die Aufsichtsstelle zu richten.

Selbstverwender im Sinne dieser Bekanntmachung ist nur derjenige Gewerbetreibende, der die im § 3 bezeichneten Gegenstände im eigenen Werkstättenbetriebe verwendet.

Erzeuger und Händler haben ein Lagerbuch zu führen, aus dem jede Aenderung des Vorratsbestandes an den im § 3 bezeichneten Gegenständen nach Herkunft und Verbleib ersichtlich ist.

§ 5.

Meldepflicht.

Jedes im § 4 gekennzeichnete Rechtsgeschäft ist binnen zwei Wochen von dem das Eigentum oder den Gewahrsam Uebertragenden (z. B. Lieferer) oder dem zur Uebertragung Verpflichteten

3. wer, um den Preis für Gegenstände der unter Nr. 1 bezeichneten Art zu steigern, Vorräte vernichtet, ihre Erzeugung oder den Handel mit ihnen einschränkt, oder andere unlautere Machenschaften vornimmt;
4. wer an einer Verabredung oder Verbindung teilnimmt, die eine Handlung der in Nr. 1 bis 3 bezeichneten Art zum Zwecke hat;
5. wer zu Handlungen der in Nr. 1 bis 3 bezeichneten Art auffordert, anreizt oder sich zu Handlungen solcher Art erbietet, soweit nicht nach den bestehenden Gesetzen eine höhere Strafe verhängt ist.

Bei vorsätzlichen Zuwiderhandlungen gegen Nr. 1 ist die Geldstrafe mindestens auf das Doppelte des übermäßigen Gewinns zu bemessen, der erzielt worden ist oder erzielt werden sollte; übersteigt der Mindestbetrag zehntausend Mark, so ist auf ihn zu erkennen. Im Falle mildernder Umstände kann die Geldstrafe bis auf die Hälfte des Mindestbetrags ermäßigt werden.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Vorräte erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Verurteilten gehören oder nicht. Neben Gefängnisstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Neben der Strafe kann ferner angeordnet werden, daß die Verurteilung des Schuldigen öffentlich bekanntzumachen ist.

(z. B. Verkäufer, Verkaufskommittenten, Vermieter) der Aufsichtsstelle (§ 2) auf einem handschriftlich unterzeichneten Meldeschein anzuzeigen. Der Inhalt des Meldescheins hat den bei der Aufsichtsstelle erhältlichen Vorlagen genau zu entsprechen.

§ 6.

Preisbildung und Zurückhaltung.

Die Aufsichtsstelle (§ 2) ist insbesondere befugt, Preisanschiebungen, Zurückhaltungen und unlautere Verschöbungen in der Ausführung von Aufträgen mit Bezug auf die dieser Bekanntmachung unterworfenen Gegenstände zu ermitteln und gegebenenfalls den zur weiteren Verfolgung zuständigen Behörden anzuzeigen.

Frankfurt (Main), 15. September 1916.

Stellv. Generalkommando des 18. Armeekorps.

Stellvertretendes Generalkommando.

XVIII. Armeekorps.

Abt. III b Nr. 5333.

Frankfurt a. M., den 8. September 1916.

Betr.: Pferdeausfuhr-Verbot.

Auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 bestimme ich im Einvernehmen mit dem Gouverneur der Festung Mainz:

Die Ausfuhr von Pferden aus den Städten Frankfurt, Wiesbaden, Mainz, Darmstadt, Offenbach, Worms, Hanau, Gießen, Fulda und Marburg ist ohne die in jedem einzelnen Falle einzuholende Sonder-Genehmigung des Generalkommandos bis auf weiteres verboten.

Nicht unter das Verbot fällt es, wenn Pferde zu Arbeitszwecken aus den genannten Städten herausgeführt werden, sofern ihre Zurückführung innerhalb 24 Stunden erfolgt.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft.

Der Kommandierende General:

Freiherr von Gall, General der Infanterie.

Bekanntmachung.

Mit Genehmigung des Großh. Ministeriums des Innern vom 30. August 1916 zu M. d. F. 14375 wird bestimmt:

1. Allen im Kreise Gießen auf den Forst- und Jagdschutz verpflichteten Personen wird die Befugnis erteilt, in sämtlichen Gemarkungen des Kreises Gießen Schwarzwild auf dem Aukand oder Büschgang zu erlegen.

2. Die Jagdberechtigten der in erster Linie bedrohten Gemarkungen werden aufgefordert, weitere geeignete Personen namhaft zu machen, denen durch stempelbefreien Ausweis des Kreisamts die Befugnis erteilt wird, auf einem in dem Ausweis namhaft zu machenden eigenen Bezirke Schwarzwild auf dem Aukand oder Büschgang zu erlegen.

3. Für die hauptsächlich gefährdeten Teile des Kreises werden wir an weitere geeignete Personen die Erlaubnis zum Abschuss von Schwarzwild auf dem Aukand oder Büschgang erteilen, wenn sich die in Ziffer 1 und 2 dieser Verordnung geschuldeten Maßnahmen als unzureichend erweisen sollten.

4. Für jedes erlegte, an die zuständige Oberförsterei alsbald abzuliefernde, ein- oder mehrjährige Stück Schwarzwild wird eine Prämie von 15 Mark, für jeden Frischling eine Prämie von 5 Mark an den Erleger aus der Polizeikasse der Provinz Oberhessen bezahlt. (Das erlegte Wild gehört dem Jagdberechtigten).

5. Das Recht und die in Art. 13 Abs. 2 des Jagdgesetzes vom 26. Juli 1848 ausdrücklich ausgesprochene Pflicht des Jagdberechtigten, einerseits für die Vertilgung des Schwarzwildes überall außer in den geschlossenen Wildgärten zu sorgen, werden durch diese Anordnung nicht berührt.

Gießen, den 14. September 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen

J. B.: Langermann.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Ueber das Vorkommen von Schwarzwild ist uns sogleich Bericht zu erstatten; die Jagdberechtigten und das Forstschutzpersonal sind entsprechend zu beenden.

Gießen, den 14. September 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Langermann.

Bekanntmachung.

Betr.: Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel; hier: die Viehhändler Jakob Käß und Nathan Grünbaum von Holzheim.

Durch Beschluß des Kreisamts vom 6. ds. Mts. sind nach Ablauf von 5 Monaten die Viehhändler Jakob Käß und Nathan Grünbaum von Holzheim zum Handel mit Vieh wieder zugelassen worden.

Gießen, den 7. September 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Kartoffelversorgung.

Gemäß § 4 der Bekanntmachung Großh. Ministeriums des Innern vom 19. Juli 1916 (Kreisblatt Nr. 85) wird auf Grund § 2 der Bundesratsverordnung vom 26. Juni 1916 über Kartoffelversorgung und der Bekanntmachung des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes vom 2. August 1916 über die Verpflichtung der Kommunalverbände und der Kartoffelerzeuger zur Sicherstellung und Abgabe von Kartoffeln mit Genehmigung Großh. Ministeriums des Innern vom 11. September 1916 zu Nr. M. d. S. III. 17291 folgendes bestimmt:

1. Jeder Kartoffelerzeuger hat sich in seiner Gemeinde bei der für ihn zuständigen Bürgermeisterei (in Stadt und Gemarkung Sießen beim Oberbürgermeister) zum Eintrag in eine Liste zu melden, welche seinen Namen, Lage des Grundstückes und dessen Größe zu enthalten hat. Die Uebermittlung hat er vorher der Bürgermeisterei (Oberbürgermeister), ebenso ihre Beendigung anzuzeigen und in jeder Weise zur Feststellung des Ergebnisses der Ernte beizutragen.

2. Das Gesamtergebnis der Ernte bei einem Erzeuger ist nach Feststellung einzutragen und vom Erzeuger unterschrieben anzuerkennen. Weigert ein Erzeuger die Unterschrift, so erfolgt Feststellung der Ernte durch Beauftragte des Kommunalverbandes und ist dann deren Festsetzung maßgebend. Bei Feststellung der Ernte ist zugleich die dem Erzeuger zustehende Menge (Tageskopfsatz 2 Pfund vom 16. August 1916 bis 15. August 1917) festzustellen (Ziffer 3 der Grundzüge der Reichskartoffelstelle). Die andere Ernte gilt als für den Kommunalverband beschlagnahmt, soweit dieser nach den Bestimmungen der Landeskartoffelstelle zur Sicherstellung verpflichtet ist.

3. Der Kartoffelerzeuger ist verpflichtet, die Vorräte pfleglich zu behandeln. Er darf mehr als ihm zusteht, nicht verbrauchen. Ueber die bei ihm sicherstellte Menge des Kommunalverbandes kann er durch Rechtsgeschäfte nicht verfügen.

Das Einlagern und Einmieten der Kartoffeln hat mit der nötigen Sorgfalt und an geeigneten Orten zu geschehen. Bei der Einkellierung sind die Kartoffeln möglichst von anderen Feldfrüchten getrennt zu lagern; ein Einmieten mit anderen Feldfrüchten (wie Dickwurz) zusammen, ist verboten.

Der Kartoffelerzeuger ist verpflichtet, den Beauftragten des Kommunalverbandes jede gewünschte Auskunft zu geben, sämtliche Räume und Behältnisse mit Kartoffeln zu öffnen und zur Feststellung des Vorrats beizutragen.

4. Die Belieferung der Bedarfsgemeinden erfolgt durch den Kommunalverband und zwar in Zeiträumen von etwa einem Monat.

5. Für den Kommunalverband Kartoffeln anzukaufen, ist allein die Firma Vereinigte Getreidehändler in Sießen berechtigt. (Kreisblatt Nr. 93.)

Die Kartoffelerzeuger dürfen nur an diese Firma als unseren Kommissionär und an deren mit Ausweisarten versehene Unterkommissionäre oder gegen amtlich ausgestellte Bezugsscheine oder auf Grund von uns oder der Landeskartoffelstelle Darmstadt erteilter Ausführungsgenehmigungen Kartoffeln verkaufen und liefern. Ein Wochenmarkterverkauf findet nicht mehr statt.

Die zugelassenen Unterhändler dürfen nur diejenige Menge aufkaufen, zu der sie Auftrag haben, und auch nur an den für sie bestimmten Stellen; sie haben über Verkauf und Abgabe genau Buch zu führen.

Fremde Händler sind nicht zugelassen.

6. Die Ausfuhr von Kartoffeln in einen anderen hiesigen Kommunalverband ist ohne unsere Genehmigung verboten; die Ausfuhr aus dem Großherzogtum Hessen bedarf der Genehmigung der Landeskartoffelstelle Darmstadt.

7. Die Zuweisung von Kartoffeln an Brennereien geschieht nach Ziffer 7 und 8 der Grundzüge der Reichskartoffelstelle durch uns, falls diese nicht selbst genügend Kartoffeln haben; diese Belieferung geschieht im Auftrage der Reichskartoffelstelle.

8. Bei der Dedung des Bedarfs des Kommunalverbandes zur Versorgung der eigenen Bedarfsgemeinden und zur Erledigung der ihm auferlegten Lieferungsaufträge wird in erster Linie von dem freiwilligen Angebot Gebrauch gemacht, nötigenfalls wird zur Enteignung geschritten. Im letzteren Falle stellt sich der Preis auf 30 Mark für die Tonne niedriger.

9. Die Regelung der Versorgung wird der Stadt Sießen und folgenden Landgemeinden des Kreises mit Lazaretten und größeren Betrieben mit Kriegsgefangenen für ihren Bezirk übertragen:

Lich, Dungen, Grünberg, Lollar, Großen-Buseck, Mainlar und Stockhausen.

10. Der Tageskopfsatz für die Zeit vom 16. August 1916 bis 15. August 1917 ist zurzeit für Verbraucher auf 1 1/2 Pfund, für Kriegsgefangene bis 1 1/2 Kilogramm und für Wachmannschaften bis 1 Kilogramm festgesetzt; ein Mehrverbrauch ist nicht gestattet.

11. In den Gemeinden ist eine Liste der Haushaltungen von den Bürgermeistereien (Oberbürgermeister) zu führen und auf dem Laufenden zu halten, nach welcher der Bedarf der Familie abertachtet und angefordert wird. Im Besitze des Haushaltungsvorstandes oder der Mitglieder des Haushaltes befindliche Kartoffelvorräte sind anzugeben. Jeder Haushaltungsvorstand ist zur Anmeldung und zu wahrheitsgemäßen Angaben verpflichtet.

12. Alle Verbraucher, die ihren Bedarf auf längere Zeit decken können und geeignete Räume zur Verfügung haben, sollen sich selbst eindecken und haben hierzu binnen 14 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung bei der zuständigen Bürgermeisterei (Oberbürgermeister) um Ausstellung von Bezugsscheinen nachzusuchen, die von dieser Behörde auszustellen sind.

Der Bezugsschein hat anzugeben Name und Wohnort, Menge der zu beziehenden Kartoffeln, soweit sie der Betreffende erwerben darf, unter Angabe der ihr zugrunde liegenden Berechnung nebst Angabe etwaiger eigener Vorräte unter Einbeziehung in die Berechnung.

Der Bezugsschein ist nicht übertragbar. Ein Recht auf Ausstellung des Bezugsscheines besteht nicht.

Die erfolgte Lieferung ist auf dem Bezugsschein durch den Empfänger zu bescheinigen, von dem liefernden Kartoffelerzeuger ist dann alsbald der Bezugsschein der Bürgermeisterei seiner Gemeinde (Oberbürgermeister) zu übergeben, welche den Erzeuger in der Liste der Kartoffelerzeuger um die gelieferte Menge zu entlasten hat.

Öffentliche Anstalten, Gastwirtschaften, Bäder etc. und sonstige Großverbraucher erhalten Bezugsscheine für eine Menge, die der durchschnittlichen Zahl der von ihnen zu versorgenden Personen oder dem Bedarf des Gewerbebetriebs entspricht; im Besitze befindliche Vorräte sind aufzuzählen.

Der Bezug aus einem anderen Kommunalverband ist von dessen Genehmigung abhängig.

13. Eine Verfüterung der durch den Kommunalverband gelieferten oder auf Bezugsscheine erworbenen Kartoffeln ist verboten.

Eine Ueberwachung der eingekellerten Vorräte beim Verbraucher findet durch Beauftragte des Kommunalverbandes statt.

Der Besitzer von Kartoffeln ist verpflichtet, sämtliche Räume und Behältnisse mit Kartoffeln zwecks Feststellung und Ueberwachung der Vorräte zu öffnen und jede gewünschte Auskunft zu geben.

14. Die Ausfuhr von Saatkartoffeln aus dem Kreise Sießen ohne unsere Genehmigung ist verboten.

15. Zuwiderhandlungen werden gemäß § 12 der Bundesratsverordnung vom 26. Juni 1916 über die Kartoffelversorgung und des § 6 der Bekanntmachung des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes vom 2. August 1916 über die Verpflichtung der Kommunalverbände und der Kartoffelerzeuger zur Sicherstellung und Abgabe von Kartoffeln, mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Neben der Strafe können die Vorräte, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

16. Die Bestimmungen treten mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Sießen, den 14. September 1916.

Großherzogliches Kreisamt Sießen.

J. B.: Langermann.

An den Oberbürgermeister der Stadt Sießen, die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises, Großh. Polizeiamt Sießen und Großh. Gendarmerie des Kreises.

Vorstehende Bekanntmachung ist ortsüblich zu veröffentlichen und ihr Befolg zu überwachen.

Im einzelnen bemerken wir zu den erlassenen Bestimmungen:

Zu 1. Die Liste der Kartoffelerzeuger ist nach der bereits eingereichten Liste der Grundstücke und der gelegentlich der Erntevorschätzung vom 1. bis 25. September 1916 aufgestellten Liste zu fertigen und auf dem Laufenden zu erhalten. Sie ist wichtig zur Beurteilung der Ernte, des eigenen Bedarfs und der abzuliefernden Menge.

Zu 2. Bei Feststellung der Ernte werden zweckmäßig die gelegentlich der Feststellung der Getreidernte ernannten Wiegemesser verwendet, ebenso die in den Gemeinden bestehenden Kommissionen; wir behalten uns Nachprüfung durch unsere Bevollmächtigten vor. Die Feststellung der Ernte hat möglichst noch auf dem Acker zu erfolgen.

Der Gesamtertrag nach beendeter Ernte ist von Ihnen in einer Ziffer der Zentralkasse für Landesstatistik in Darmstadt bis spätestens 10. November 1916 mitzuteilen; zugleich ist uns eine Abschrift zuzusenden.

Die Festsetzung der dem Erzeuger zustehenden Kartoffelmenge erfolgt nach Ziffer 3 der Umlagegrundzüge der Reichskartoffelstelle mit 2 Pfund täglich auf den Kopf vom 16. August 1916 bis 15. August 1917.

Diejenigen Gemeinden, denen die Versorgungsregelung übertragen ist (siehe Ziffer 9 der Bekanntmachung), insbesondere die Stadt Sießen haben möglichst den Bedarf für die kalte Zeit vom 1. November 1916 bis 1. März 1917 einzumieten oder zu lagern. Das Einmieten und die Einkellierung ist unter Zuziehung von Sachverständigen vorzunehmen, deren Namen wir bekanntgeben werden. Ein Flugblatt der Landwirtschaftskammer darüber wollen Sie bestellen und für seine Verbreitung sorgen.

Die Trennung der Kartoffeln von anderen Feldfrüchten empfiehlt sich zur Erleichterung der Feststellung der Menge und der Entnahme des Bedarfs.

Zu 4. Zur Durchführung ist zeitweise die genaue Berechnung des Bedarfs vorzulegen.

Zu 5. Die Verpflichtung des Kommunalverbands kann nur erfüllt werden dadurch, daß der Ankauf in eine Hand gelegt worden ist. Die Vereinigten Getreidehändler sind vertraglich verpflichtet, die Händler innerhalb ihres bisherigen Geschäftsbereichs gegen Provision zu beschaffen.

Den Händlern in der Stadt Gießen ist genaue Vorschrift zu geben, daß sie nur die Menge an die betreffenden Haushaltungs-vorstände liefern dürfen, zu deren Bezug diese nach der Berechnung des Oberbürgermeisters berechtigt sind, und nur an die Stellen, die ihnen beigegeben worden sind, und nur gegen die von der Stadt festzusetzenden Bezeichnungen über erfolgte Lieferung. Insofern ist die für die Stadt zurzeit bestehende Regelung der Kartoffelversorgung zu ergänzen oder zu ändern.

Zu 6. Anträge auf Ausfuhr aus dem Kreise werden nur für kleine Mengen und nur bei besonderen Verhältnissen (s. B. bei verarmungsbedingten Beziehungen der beiden Teile) genehmigt.

Die Ausfuhr aus Hessen zur Versorgung deutscher Bedarfsverbände geschieht entsprechend der nach Verordnung des Kriegs-ernährungsamtes festgesetzten Liefermengen, der daraufhin für den Kreis von der Landeskartoffelstelle bestimmten Auflage und der von uns dementsprechend auf die betreffenden Gemeinden festgesetzten Umlage. In den Gemeinden sind die Kartoffelerzeuger dann von Ihnen entsprechend der in der Liste festgelegten Ernte heranzuziehen. Kartoffelerzeuger mit einer gesamten Kartoffelanbaufläche von weniger als 10 Hk bleiben vorerst von dieser Unter-vertelung frei; doch sind sie in die Liste der Erzeuger aufzunehmen zur Prüfung der Frage, ob und warum sie versorgungsberechtigt werden.

Zu 7. Die im Kreise bestehenden drei größeren Brennereien in Ulphe, Hof-Güll und Neuhof bedürfen keiner Zuweisung durch den Kommunalverband, da sie selbst mit genügender Menge versorgen sind. Wir gestatten den Brennereien einen selbständigen Ankauf von Kartoffeln im Kreise nicht; die betreffenden Bürgermeistereien wollen sämtliche Brennereien bedenken.

Zu 8. Wir haben nach Möglichkeit die Vorkehrungen für Vereinnahmung der freiwillig angebotenen Kartoffeln getroffen. Sie wollen die Kartoffelerzeuger nicht im Zweifel lassen, daß wir nötigenfalls rücksichtslos von unserem Enteignungsrecht Gebrauch machen werden, da wir dazu im vaterländischen Interesse gezwungen sind. Bei der Durchführung der Enteignung sind die Polizeibehörden verpflichtet, uns und unsere Beauftragten mit allen geeigneten Mitteln zu unterstützen.

Zu 9 und 10. Die mit der Regelung betrauten Gemeinden müssen durch die Art und die Zeitabschnitte der Belieferung Vorkehrung dahin treffen, daß die Verbraucher unbedingt mit der ihnen nach der Berechnung zustehenden Menge auskommen; spätere Nachforderungen mit der Begründung, daß die zugewiesene Menge bereits verbraucht sei, können keinesfalls berücksichtigt werden. Es empfiehlt sich, dies durch schriftliche Erklärungen der Vazareit-leitungen, Betriebsleiter usw. festlegen zu lassen.

Zu 11. Auf Führung der Liste der Haushaltungsvorstände, aus der ständig der Verbrauch und der Bedarf zu ersehen ist, ist von Ihnen der größte Wert zu legen. Wir behalten uns vor, diese Listen einzufordern. Binnen 8 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung wollen Sie berichten, daß diese Liste ordnungsmäßig angelegt ist. Die Anrechnung der eignen Ernte (insbesondere auch in der Gemarkung Gießen) hat auf's Genaueste zu erfolgen. Die Belieferung der Haushaltungen hat in möglichst kurzen Fristen zu geschehen.

Zu 12. Die durch Sie auszustellenden Bezugscheine können die einfachste Form haben; wir beabsichtigen, ein Formular drucken zu lassen. Der Bezugschein ist kostenlos auszustellen und mit Amtsstempel zu versehen. Wir empfehlen, zugleich dieser Regelung Ihre größte Sorgfalt zuzuwenden, da Sie nur einen Ueberblick über die Vorräte in ihrer Gemeinde behalten können, wenn vom Anfang an der Bezug und die Abgabe von Kartoffeln überwacht wird.

Die Bezugscheine sind gesammelt aufzuheben.

Zu 13. Die in unserem Auftrag tätigen Personen, insbesondere die Vereinigten Getreidehändler, wollen Sie in jeder Hinsicht in ihrer Tätigkeit unterstützen.

Zu 14. Anerkannte Kartoffelbaugewirtschaften sind entsprechend zu bedenken. Besondere Bestimmungen über den Handel mit Saatkartoffeln stehen bevor. In den Gemeinden, insbesondere der Stadt Gießen, ist Vorforge zu treffen und zu überwachen, daß Saatkartoffeln nicht als Speisekartoffeln verkauft werden. Bei Anforderung von Kartoffeln sind die anerkannten Saat-gewirtschaften zu schonen.

Gießen, den 14. September 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B. Langermann.

Betr.: Kartoffelversorgung. Betr.: Kartoffelbezugscheine.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Groß-Bürger-meistereien der Landgemeinden des Kreises.

Die von uns eingeführten Kartoffelbezugscheine sind in der Buchdruckerei J. Benkert, Gießen, Rauenweg 9, zum Preise von 7 Mark für 1000 Stück und 0,80 Mark für 100 Stück zu haben, und belieben Sie alsbald die voraussichtlich nötige Zahl zu be-ziehen, damit in der Kartoffelversorgung keine Störung eintritt und die betreffenden Haushaltungen alsbald in die Lage kommen, ihre Kartoffeln unmittelbar vom Erzeuger zu beziehen.

Gießen, den 15. September 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B. Langermann.

Bekanntmachung

zur Ergänzung der Verordnung über die Einfuhr von pflanzlichen und tierischen Oelen und Fetten sowie Seifen vom 4. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 148). Vom 7. September 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

Artikel 1. § 1 der Verordnung über die Einfuhr von pflanzlichen und tierischen Oelen und Fetten sowie Seifen vom 4. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 148) erhält folgenden Absatz 2:

Als tierische Fette im Sinne dieser Verordnung gelten auch Speck von Fischen und Seefischarten sowie Abfälle von diesen Tieren.

Artikel 2. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Ver- kundung in Kraft.

Berlin, den 7. September 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Helfferich.

Bekanntmachung.

Betr.: Reinhalten der Straßen.

Seit längerer Zeit ist die Unruhe eingedrungen, Papier, Früchte, Obstreste und sonstige Abfälle auf Bürgersteige und Fahrbahn zu werfen. Hierdurch werden nicht nur die Straßen verunreinigt, sondern auch Gefahren für Passanten hervorgerufen, die durch Ausgleiten auf Obstresten und dergleichen zu Falle kommen und sich erheblich verletzen können. Wir erwarten, daß es nur dieses Stren- gewisses bedarf, um dem Uebelstand abzuwehren, widrigenfalls die Schutzmannschaft mit Strafanzeigen vorgehen müßte.

Gießen, den 13. September 1916.

Großherzogliches Polizeiamt Gießen.

Hemmerde.

Betr.: Abänderung der Ortsfassung über den Bezug von Wasser aus dem Wasserwerk Grünungen.

Nachtrag

zu der Ortsfassung über den Bezug von Wasser aus dem Wasserwerk der Gemeinde Grünungen.

Auf Grund des Artikel 15 der Landgemeindeordnung wird zu- folge Beschlusses der Gemeindevertretung nach gutachtlicher Verhe- rung des Gr. Bürgermeisters und des Kreisausschusses mit Ge- nehmigung Gr. Ministeriums des Innern vom 9. August 1916 zu Nr. M. d. J. 14 551 das Nachstehende angeordnet:

§ 1. Der § 12 der Ortsfassung über den Bezug von Wasser aus dem Wasserwerk der Gemeinde Grünungen erhält in Absatz 1 b folgende Fassung:

Es werden berechnet:

- | | |
|--|----------------|
| 1. Für jede Abzweigung von der Ge-
meindewasserleitung eine Grundtäre von
Dierzu kommen: | 10,— M. |
| 2. Für jede im gleichen Haushalt wohnende
Familie, wenn angeschlossen, Zuschlag
von | 3,— " |
| 3. Für jede im Hause wohnende Person,
groß wie klein | 1,50 bis 2,— " |
| 4. Für Wirtschaften und gewerbliche Be-
triebe, Zuschlag von | 5,— " 15,— " |
| 5. Für ein Stück Großvieh, Zuschlag von | 2,— " 2,50 " |
| 6. Für ein Stück Kleinvieh, Zuschlag von | 0,60 " 0,80 " |
| 7. Für einen Abort mit Wasserföhlung,
Zuschlag von | 3,— " 5,— " |
| 8. Für Gartenanlagen, je nachdem das
Wasser durch Rannen oder Zapfstellen
entnommen wird, Zuschlag von | 1,— " 7,— " |
| 9. Für Baugwerde, Zuschlag von | 2,— " 20,— " |
| 10. Für die Entnahme von Wasser zu
öffentlichen Zwecken leistet die Ge-
meinde einen Zuschlag von jährlich | 400 " 600 " |

§ 2. Vorstehende Ortsfassung tritt am 1. Oktober 1916 in Kraft.

Grünungen, den 6. September 1916.

Großherzogliche Bürgermeisterei Grünungen.

Bingel.